

CDU



Freie
Demokraten
Fraktion
NVR FDP

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen in der Verbandsversammlung des ZV NVR —
Resolution zur Planungsbeschleunigung von SPNV-Maßnahmen**

Um den Strukturwandel adäquat zu gestalten und schnell in der Region umzusetzen, fordert die Verbandsversammlung des ZV NVR das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesregierung auf,

- alle SPNV-Maßnahmen im Rheinland, die im Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) festgehalten sind (außer Westspange), durch das Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG) zu verabschieden bzw. zu priorisieren, sodass die Finanzierung für alle strukturwandelrelevanten Projekte gesichert ist;
- alle SPNV-Maßnahmen im Rheinland, die im InvKG festgehalten sind (außer Westspange), in die Sammelvereinbarungen des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) und der DB AG aufzunehmen, sodass zeitnah die Planungen bei der DB Netz AG, DB Station&Service AG und DB Energie GmbH beginnen können;
- eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei allen SPNV-Maßnahmen im Rheinland, die im InvKG festgehalten sind, zu finanzieren und durchzuführen, sodass Klagen und Desinformation zu den Projekten in der Bevölkerung verhindert werden;
- zusätzliches Personal bei den zuständigen Bewilligungsbehörden zu finanzieren, insbesondere beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA) und beim ZV NVR, sodass Projekte und Anträge zügig bearbeitet werden können.